

# Dafür machen sich Schwyzerinnen stark

Das Rathaus gehörte am Samstag den Frauen. Sie wollen von der Politik Taten sehen. Zuspruch gab es von Alt-Bundesrätin Doris Leuthard.

Petra Imsand

Über 60 Schwyzerinnen aller Altersgruppen trafen sich am Samstag im Rathaus zum Schwyzer Frauenparlament. Im Vorfeld waren in fünf Kommissionen verschiedene Vorstösse ausgearbeitet worden. Diese wurden nun im Rahmen der Session behandelt (siehe Boxen unten).

Im Anschluss an die Session werden die Vorstösse amtierenden Kantonsrätinnen übergeben, welche diese offiziell bei der Staatskanzlei einreichen. Danach werden die Forderungen im Kantonsrat debattiert.

Pünktlich um 9 Uhr wurde die Session durch Alt-SP-Kantonsratspräsidentin Karin Schwiter eröffnet. Parteiübergreifend setzten sich Schwyzer Frauen aus verschiedenen Altersgruppen für dringliche politische Anliegen ein. Sachlich, aber durchaus bestimmt wurde debattiert. «Die Debatten waren sehr tiefgründig. Die Parlamentarierinnen haben die Geschäfte ernst genommen. Es wurde nichts einfach so durchgewunken.» Karin Schwiter geht davon aus, dass die eingereichten Vorstösse im Kantonsparlament besondere Beachtung finden werden. «Es ist bekannt, dass das Frauenparlament hinter diesen Vorstössen steht und es sich damit um Anliegen vieler Frauen handelt.»

Auch Daniela Eheim, Mitglied des Organisationskomitees, ist überzeugt, dass die Anliegen der Frauen gehört werden. «Auch heute hat sich wieder einmal gezeigt, wie viele kompetente Frauen sich politisch engagieren. Sie wären allesamt fähig, ein politisches Amt auszuführen. Doch der Kanton Schwyz hinkt diesbezüglich etwas hinterher.» Die Hoffnung sei jedoch da, dass Frauen bei den kommenden Wahlen mehr Erfolg hätten.

**Doris Leuthard: «Seien Sie mutig, und besetzen Sie Stühle»**

Ans Rednerpult im Schwyzer Rathaus trat auch Alt-Bundesrätin Doris Leuthard. «Nach all den Jahren kann ich sagen, es ist ungemein spannend, in der Politik tätig zu sein. Sie alle hier im

Frauenparlament verändern und gestalten die Zukunft.» «Wagen Sie etwas. Es wartet niemand auf Sie, die Stühle sind belegt. Doch man kann Stühle neu besetzen.»

Auf die Frage, wie wichtig das Frauenparlament sei, antwortete Doris Leuthard: «Sehr wichtig. Auf nationaler Ebene wurde bei den letzten Wahlen viel erreicht. Aber in den Kantonen ist noch viel Luft nach oben.» Bei zehn Kantonsrätinnen und einer Regierungsrätin sieht Doris Leuthard noch viel Potenzial im Kanton Schwyz. «Ein solches Netzwerk unter Frauen, wo sich gegenseitig Mut gemacht wird, sich in der Politik zu engagieren, ist sehr wertvoll.»

Auch Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbacher sprach den Teilnehmerinnen Mut zu. «Bleiben Sie aktiv, und suchen Sie Mehrheiten für Ihre Anliegen.»

**Darüber wurde debattiert**

Der offene Brief zum Thema Mutterschaftsurlaub wurde am Samstag an Nationalrätin Petra Gössi überreicht. Die weiteren nationalen Parlamentarier und die Schwyzer Regierungsglieder werden diesen per Post erhalten. Die vier Vorstösse, welche durch weitere Anliegen ergänzt und bereinigt wurden, werden bei der Staatskanzlei eingereicht.



Verschiedene parlamentarische Vorstösse wurden im Rahmen des Frauenparlaments behandelt. Lola Linggi aus Schwyz sprach zum Postulat Behördestelle für Gleichstellungsfragen im Kanton. Bilder: Petra Imsand



Es wurde viel debattiert und abgestimmt.



Doris Leuthard (links) und Petra Gössi im Gespräch.



Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbacher motivierte die Anwesenden.

## Postulat: Sensibilisierung zum Thema Häusliche Gewalt

Im letzten Jahr ereignete sich im Kanton Schwyz jeweils im Abstand von 3 Tagen, 3 Stunden und 31 Minuten ein Delikt «Häusliche Gewalt», welches der Polizei gemeldet wurde. Die Opferberatungsstelle hat im Kanton Schwyz im Jahr 2020 520 Beratungen durchgeführt, 45 Prozent aller Beratungen betrafen häusliche Gewalt. Mit Zahlen wie diesen untermauert die Kommission für Rechtsfragen und Schutz vor Gewalt die Notwendigkeit, Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung zu intensivieren.

Folgende Massnahmen werden im Vorstoss aufgeführt: Die Unterstützung der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». Diese Kampagne hat zum Ziel, für Gewalt gegen Frauen zu sensibilisieren, Organisationen in diesem Bereich zu vernetzen und neue Präventionsansätze zu entwickeln. Dabei werden auch weniger sichtbare Strukturen von Diskriminierung an Frauen thematisiert und Beratungsstellen bekannter gemacht. Unter anderem sollen zusätzlich aber auch Lehrpersonen für das Thema Häusliche Gewalt sensibilisiert werden. (ip)

## Motion: Fachkräftesicherung am Arbeitsplatz

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit legt den Fokus auf den Fachkräftemangel im Gewerbe. Mittels Förderprogramm soll der Kanton Anreize bieten.

Eine finanzielle Unterstützung soll es den KMU ermöglichen, Personen, insbesondere Frauen, die sich während der Kinder- und Familienphase teilweise oder ganz aus dem Berufsleben zurückgezogen haben, einzustellen und diese zu Fachkräften auszubilden bei existenzsicherndem Lohn. Der Betrag von 4000 Franken sei ein existenzsichernder Referenzlohn.

Schwyzer Gewerbebetriebe, die diese Förderung beantragen können, sollen bereits Ausbildungsbetriebe sein. So sollen die Betriebe beispielsweise die Übernahme der Hälfte der Lohnkosten für mindestens ein Jahr beim Kanton beantragen können.

Der Antrag: Der Regierungsrat wird beauftragt, eine genügende Rechtsgrundlage für die Fachkräftesicherung am Arbeitsplatz zu schaffen. Denkbar wäre eine Ergänzung im Wirtschaftsförderungsgesetz. (ip)

## Offener Brief: Keine Bevormundung im Mutterschaftsurlaub

Das Frauenparlament spricht der Standesinitiative «Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub» der Kantone Zug, Luzern, Baselland und Basel-Stadt seine volle Unterstützung zu. In einem offenen Brief wurde festgehalten, dass Frauen ihre politischen Parlamentsmandate auf allen drei staatspolitischen Ebenen während des Mutterschaftsurlaubs sollen wahrnehmen können, ohne die Mutterschaftsentschädigung und den Mutterschutz zu verlieren.

Die Bestimmungen des Mutterschutzes und der Mutterschaftsentschädigung seien zwar wichtige Errungenschaften, allerdings habe eine durch das Volk gewählte Parlamentarierin einen anderen Auftrag zu erfüllen als eine Person in einem Arbeitsverhältnis. Junge Mütter würden durch die aktuelle Gesetzgebung von der Wahrnehmung ihres Volksauftrags abgehalten. Dies sei mit der Idee unseres Milizsystems nicht vereinbar. Schliesslich gefährdeten die wenigen durch die parlamentarische Tätigkeit bedingten Absenzen weder den arbeitsrechtlichen Mutterschutz noch das Kindeswohl. (ip)

## Postulat: Schaffung einer bezahlten Behördenstelle

Die Kommission für Jugendpolitik fordert neben der Gleichstellungskommission die Schaffung einer kantonalen Gleichstellungsbehörde mit qualifiziertem Personal. Der Kanton Schwyz soll sich konsequent für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, intergeschlechtlichen und weiteren queeren Menschen einsetzen. Die Behördensstelle soll Bevölkerung, Wirtschaft, Schulen und Behörden darin unterstützen, das in Verfassung und Gesetzen verankerte Grundrecht zu verwirklichen.

Mit einem erhöhten Budget könne die Gleichstellung im Kanton eindeutig verbessert werden. Die Kommission stellt zudem fest, dass es an Projekten mangelt, welche die Gleichstellung thematisieren und fördern. Insbesondere an Schulen sei dies notwendig, um die Jugendlichen zu sensibilisieren. Ebenfalls fehlten subventionierte Anlaufstellen, damit Schulen Aufklärungsarbeit in Anspruch nehmen könnten. Die Gleichstellungskommission hat heute ein jährliches Budget von 40 000 Franken. (ip)

## Motion: Vorantreiben der digitalen Transformation

Zurzeit wird die Digitalisierungsstrategie des Kantons erarbeitet mit dem Ziel, die Digitalisierung der Verwaltung in den kommenden Jahren voranzutreiben. Um die digitale Transformation optimal voranzutreiben, benötigt der Kanton Schwyz gemäss der Kommission für Digitalisierung eine flächendeckende Digitalisierung mit gemeinsamen Standards, welche die digitale Transformation der Verwaltung ermöglichen. Das aktuelle Gesetz über das E-Government stamme vom April 2009 und trage den aktuellen Entwicklungen und der kantonalen Strategie kaum Rechnung.

Der Regierungsrat solle eine gesetzliche Grundlage schaffen, die die zukünftige technische Entwicklung im Bereich der Digitalisierung aktiv fördere. Gefordert wird beispielsweise ein elektronischer Zugang mittels Bürgerkonto/E-Konto zu öffentlichen Dienstleistungen für private und juristische Personen unter Beachtung der digitalen Prinzipien oder die Schwerpunktsetzung von «digital first» bei der Umsetzung der kantonalen E-Government-Strategie. (ip)